

Pressemitteilung zum heutigen Parteitag in Zürich

8002 Zürich, 8. Mai 2010

Nein zum Burkaverbot! Strafverfolgung für Steuerhinterzieher!

Die CVP schärft ihr liberal-soziales Profil mit acht Resolutionen zu aktuellen Themen und einem neuen Logo.

Die CVP Kanton Zürich bekannte sich an ihrem Parteitag heute in Zürich zur Ausrichtung als liberal-soziale Partei, also zur Positionierung aus dem Jahr 2004. „Wir sind die einzige Partei, die liberales Gedankengut mit sozialer Verantwortung verbindet“, erklärte Parteipräsident Markus Arnold. Die christlichen Werte bleiben als Fundament erhalten, treten aber etwas in den Hintergrund. Sichtbar zum Ausdruck kommen soll diese Positionierung in einem neuen Logo, in welchem das Kürzel „liberal-sozial“ als festes Element integriert wird. Das Präsidium wurde beauftragt, ein neues Logo zu erarbeiten. Dieses Signal wird hoffentlich auch die nationale parteiinterne Diskussion befruchten.

Weiter beschäftigte sich der Parteitag mit aktuellen politischen Themen und fasste folgende Resolutionen:

1. Ein Burkaverbot ist diskriminierend! Richtig ist hingegen ein Vermummungsverbot im Verkehr mit öffentlichen Stellen und in Schulen.
2. Grobe Steuerhinterziehung ist kriminell und daher wie Steuerbetrug strafrechtlich zu verfolgen.
3. Vermögensvernichter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Der UBS-VR wird aufgefordert, gegen die ehemalige Führungsriege zivilrechtliche Klagen anzustrengen.
4. Schluss mit dem Schönwetterbanking
Wir brauchen dringend griffige Massnahmen zur Lösung der „Too big to fail“-Problematik: Die CVP Zürich fordert insbesondere erhöhte Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen sowie eine Verstärkung der Bankenaufsicht.
5. Schluss mit Boni-Exzessen
Wir fordern nachhaltige Vergütungssysteme. Vergütungen ab einem gewissen Grenzwert müssen als Gewinne behandelt werden.

6. Weniger Bürokratie und Zentralismus – mehr Schule
Wir fordern die Zürcher Regierung zu Selbstbeschränkung (weniger Projekte; weniger Vorgaben) auf und zu einer Reduktion des Reformtempos. Lehrkräften und Schulbehörden sind am Anschlag.
7. Die S-Bahn muss weiter ausgebaut werden. Wir bekennen uns klar und vorbehaltlos zu den 4. Teilergänzungen.
8. Das Studium darf etwas kosten, höhere Gebühren müssen aber sozial abgedeckt sein.
Moderat höhere Studiengebühren sind vertretbar. Ebenso ist es denkbar, dass ausländische Studierende im Grundstudium – analog zu Studierenden aus anderen Kantonen – mehr bezahlen als Einheimische. Eine solche Erhöhung muss aber abgedeckt werden mit einem Ausbau des Stipendienwesens. Der Parteitag unterstreicht seine Forderung nach einer Stipendienreform im Kanton Zürich.

Bei Fragen: Markus Arnold, Parteipräsident, 044 721 19 49
Kathy Riklin, Nationalrätin, 079 272 74 76
Philipp Kutter, Kantonsrat u. Fraktionspräsident, 078 641 10 31